

**Resolution des Kreistages des Landkreises Ahrweiler
vom 6. Dezember 2002**

**für den Erhalt der
Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Bad Neuenahr-Ahrweiler/Mayen**

Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler betrachtet die im Zuge der Agrarverwaltungsreform der Landesregierung beabsichtigte Auflösung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Bad Neuenahr-Ahrweiler / Mayen mit großer Sorge. Die Schließungspläne der Landesregierung stoßen im Kreis Ahrweiler auf Unverständnis.

Landwirtschaft, Wein- und Obstbau prägen den Landkreis Ahrweiler traditionell und bilden eine elementare Grundlage des Fremdenverkehrs. Die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt ist seit nunmehr über 100 Jahren ein fester Bestandteil in der Region und genießt ein hohes Ansehen.

Noch vor wenigen Wochen wurden die Dienste der Anstalt an Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau und Hauswirtschaft von Herrn Staatsminister Bauckhage gewürdigt. Nur wenig später fällt die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt Bad Neuenahr-Ahrweiler / Mayen den Reformplänen desselben Ministers zum Opfer.

Dem Kreistag ist durchaus bewußt, dass sich die Landesregierung angesichts der immer prekärer werdenden Haushaltssituation zu Einsparungen gezwungen sieht. Doch während die Region um die Landeshauptstadt Mainz herum mit drei geplanten Einrichtungen (Mainz, Oppenheim und Bad Kreuznach) reichlich bedacht wird, verliert der Norden des Bundeslandes Rheinland-Pfalz bei der Agrarverwaltungsreform. Damit wird das „Süd-Nord-Gefälle“ in Rheinland-Pfalz zu Lasten des Nordens weiter verstärkt.

Die Ausdünnung der Behördenstruktur in den nördlichen Randgebieten des Landes hat den Kreis Ahrweiler besonders hart getroffen. Die Schließung von Straßenmeisterei und Polizeiinspektion Altenahr, Amtsgericht Adenau sowie des Ausweichsitzes der Verfassungsorgane des Bundes (sogen. „Regierungsbunker“) in Marienthal, die Verlagerung des Amtes für Wehrmedizinalstatistik von Remagen nach Andernach sowie die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform insbesondere auf das Logistikzentrum des Heeres in Bad Neuenahr-Ahrweiler haben gravierende Auswirkungen.

Auch zeichnen sich die sozial-, wirtschafts- und strukturpolitischen Einbußen, die aus dem Umzug von Parlament und Teilbereichen der Regierung von Bonn nach Berlin resultieren, immer deutlicher ab.

Mit der ersatzlosen Schließung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Bad Neuenahr-Ahrweiler / Mayen würde der Kreis Ahrweiler einen weiteren herben Rückschlag erleiden. Insbesondere gingen weitere wichtige Arbeitsplätze verloren. Der ländliche Raum gerät zunehmend in eine Sackgasse und läuft Gefahr, in naher Zukunft auszubluten.

Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler appelliert daher an den rheinland-pfälzischen Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, sich der besonderen Verantwortung gegenüber dem Norden des Landes und dem strukturschwachen ländlichen Raum bewusst zu sein. Das Land darf bei all seinen Einsparüberlegungen strukturpolitische Aspekte nicht außer Acht lassen, sondern muss diese vielmehr gleichwertig mit einbeziehen. Sämtliche Überlegungen zur Agrarverwaltungsreform haben dort zu enden, wo sie nicht der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, sondern zu ihrer Verschlechterung führen. In diesem Sinne fordert der Kreistag, dass die Zusammenarbeit mit der Uni Bonn in einem Kompetenzzentrum Obstbau abgesichert wird.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass der Erhalt und die Stärkung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Ahrweiler / Mayen sowohl 1991 als auch im Jahre 1992 von der Landesregierung unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten **aus sachlichen Erwägungen** zugesagt wurden, fordert der Kreistag die Landesregierung auf,

- von einer ersatzlosen Schließung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Bad Neuenahr-Ahrweiler / Mayen abzusehen,
- den Erhalt der Dienststelle sowie der örtlichen Arbeitsplätze durch alternative Reformschwerpunkte zu sichern und
- in konstruktiven Gesprächen mit den vor Ort Betroffenen eine zielgerichtete, den Bedürfnissen der Regionen angepasste Agrarverwaltungsreform zu vollziehen, um so ein Gleichgewicht in Rheinland-Pfalz herzustellen, und bis dahin von einer vorschnellen Veräußerung der Liegenschaften abzusehen.